**Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren
für die Benutzung der Unterkünfte für Geflüchtete der
Landeshauptstadt München (Gebührensatzung
dezentrale Unterkünfte für Geflüchtete)**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 17345

2 Anlagen

Beschluss des Sozialausschusses vom 25.09.2025 (VB)

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zum beiliegenden Beschluss

Anlass	Anpassung der staatlichen Gebührenregelung in § 23 DVAsyl mit Wirkung zum 01.12.2023 Unterbringung Geflüchteter in dezentralen Unterkünften
Inhalt	Änderung der Satzung zur Gebührenerhebung in dezentralen Unterkünften für Geflüchtete
Gesamtkosten / Gesamterlöse	Die Erlöse dieser Maßnahme betragen 90.356,35 € im Jahr 2026 und 271.069,06 € ab dem Jahr 2027
Klimaprüfung	Eine Klimaschutzrelevanz ist gegeben: Nein
Entscheidungs- vorschlag	Den Änderungen der Satzung wird zugestimmt
Gesucht werden kann im RIS auch unter	Stadtrecht Gebührensatzung Dezentrale Unterkünfte für Geflüchtete
Ortsangabe	-/-

**Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren
für die Benutzung der Unterkünfte für Geflüchtete der
Landeshauptstadt München (Gebührensatzung
dezentrale Unterkünfte für Geflüchtete)**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 17345

2 Anlagen

Beschluss des Sozialausschusses vom 25.09.2025 (VB)

Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag der Referentin	2
1. Änderung der Satzung für die Gebühren für die Benutzung der Unterkünfte für Geflüchtete der LHM	3
2. Darstellung der Auswirkungen auf die Gebühreneinnahmen	4
3. Klimaprüfung	4
II. Antrag der Referentin	5
III. Beschluss	6

I. Vortrag der Referentin

Zusammenfassung

Mit Beschluss der Vollversammlung vom 13.12.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08929) hat der Stadtrat die „Benutzungssatzung dezentrale Flüchtlingsunterkünfte“ und die „Gebührensatzung dezentrale Flüchtlingsunterkünfte“ (in Zukunft: Gebührensatzung dezentrale Unterkünfte für Geflüchtete) erlassen, zuletzt geändert zum 15.08.2023.

Die Landeshauptstadt München (LHM) erhebt als kreisfreie Stadt für die Nutzung der kommunalen dezentralen Einrichtungen nach Art. 8 Kommunalabgabengesetz (KAG) Gebühren.

Da die LHM im übertragenen Wirkungskreis der Regierung von Oberbayern (ROB) tätig ist, unterliegt sie deren aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Dies betrifft auch die Unterbringung von Geflüchteten in dezentralen Unterkünften. Um eine rechtssichere und einheitliche Erhebung von Gebühren für diese Unterkünfte zu gewährleisten, war daher die Einführung einer entsprechenden Gebührensatzung erforderlich. Die Höhe der Gebühren sollte sich dabei an der DVAsyl (Verordnung zur Durchführung des Asylgesetzes) orientieren, um eine angemessene und rechtlich konforme Kostenregelung sicherzustellen. Dadurch wird gewährleistet, dass die Stadt ihre Aufgaben im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen erfüllt und gleichzeitig eine transparente sowie nachvollziehbare Gebührenstruktur schafft. Die DVAsyl findet keine Anwendung für die Gebührenerhebung in dezentralen Unterkünften der kreisfreien Gemeinden. Für die dezentralen Unterkünfte der LHM war somit der Erlass einer Nutzungs- und Gebührensatzung erforderlich, um von den Bewohner*innen, die keine Leistungen nach dem AsylbLG beziehen bzw. über eigenes Einkommen oder Vermögen verfügen, Gebühren erheben zu können.

Eine Gebührensatzung sorgt für eine Gleichbehandlung aller Untergebrachten im Hinblick auf die Gebührenpflicht.

Mit Beschluss der Vollversammlung vom 26.07.2023 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 09489) hat die LHM die Gebühren für die dezentralen Unterkünfte für Geflüchtete an die Höhe der Benutzungsgebühren aus § 23 DVAsyl angeglichen.

Mit Wirkung zum 01.12.2023 hat der Freistaat Bayern die Höhe der Gebühren für die Benutzung gem. § 23 DVAsyl erneut angepasst. Aus diesen Gründen ist eine Änderung der Satzung notwendig. Bei einer Nichtanpassung bestünde sonst eine Ungleichbehandlung zwischen staatlichen und städtischen Unterkünften im Stadtgebiet München.

Zudem könnte sich eine Nichtanpassung auch negativ im Bereich der Kostenerstattung durch die ROB auswirken. Eine fehlende Angleichung der Gebühren könnte zur Folge haben, dass die dadurch geringer ausfallenden Gebühreneinnahmen zuungunsten der LHM verrechnet werden, indem die ROB fiktive Gebühreneinnahmen veranschlagt.

Die Umsetzung der neuen Regelungen hat sich aufgrund ihrer Komplexität und der Notwendigkeit, alle rechtlichen Anforderungen gründlich zu prüfen, verzögert. Die Stadt München arbeitet aktiv daran, die notwendigen Anpassungen in den IT-Systemen vorzunehmen, um eine korrekte und reibungslose Abwicklung der Gebühren sicherzustellen sowie diesen Vorgang zu automatisieren. Nachteile sind nicht zu erwarten, im Gegenteil: Diese sorgfältige Herangehensweise gewährleistet, dass die neuen Regelungen effizient und fehlerfrei umgesetzt werden können. So wird eine manuelle Anpassung von Bescheiden überflüssig, was sowohl die Bearbeitungszeit verkürzt als auch die Fehleranfälligkeit reduziert.

1. Änderung der Satzung für die Gebühren für die Benutzung der Unterkünfte für Geflüchtete der LHM

Die Satzung ist für die Unterbringung von Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG, für sogenannte Statuswechsler*innen (Leistungsbeziehende aus dem SGB II bzw. SGB XII) und auch für sonstige wohnungslose Personen (§ 1 Abs. 1 Benutzungssatzung dezentrale Flüchtlingsunterkünfte) heranzuziehen.

Erhalten Bewohner*innen von Unterkünften für Geflüchtete keine Leistungen nach dem AsylbLG, sondern aufgrund ihres Aufenthaltsstatus SGB II-/XII-Leistungen, so werden sie als sog. Statuswechsler*innen/Rechtskreiswechsler*innen bzw. Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG mit eigenem Einkommen oder Vermögen, gebührenpflichtig. Darüber hinaus entsteht eine Gebührenpflicht bei Bewohner*innen, die gem. § 1 Abs. 4 S. 1 AsylbLG keine Leistungen nach dem AsylbLG und keine Überbrückungs- bzw. Härtefallleistungen nach § 1 Abs. 4 S. 2 bzw. S. 6 AsylbLG erhalten.

Die Gebührensatzung für dezentrale Unterkünfte für Geflüchtete ist im Hinblick auf die im Folgenden beschriebenen Umstände anzupassen:

Mit Wirkung zum 01.12.2023 hat der Freistaat Bayern die Höhe der Gebühren gem. § 23 DVAsyl angepasst: Die monatlichen Benutzungsgebühren für Volljährige wurden angehoben. Zudem wurde die für Minderjährige geltende Gebührenfreiheit zurückgenommen.

Es handelt sich bei den Gebühren in den Unterkünften für Geflüchtete nicht um einen Mietpreis, sondern um Unterbringungskosten. Unterkunftsbezogene Kosten sind Kosten, die im Rahmen des laufenden Betriebs und der Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Einrichtung anfallen. In diesem sind Kosten enthalten, die in einer regulären Kaltmiete nicht enthalten sind: Betriebskosten, Reinigung, Strom, Wasser, Heizung etc. Darüber hinaus sind Kosten, die durch bestandserhaltende Maßnahmen verursacht werden, sowie Personalkosten, die sachbezogen und damit der Unterhaltung der Einrichtung zu dienen bestimmt sind, ansatzfähige Kosten.

Zudem gibt es aktuell noch Unterkünfte für Geflüchtete, die keine Gemeinschaftsküchen besitzen und mit diesen auch nicht ausgestattet werden können. Die LHM ist bemüht die Anzahl der Unterkünfte ohne Gemeinschaftsküche und Kochmöglichkeiten zu minimieren und dies auch bei neuen Unterkünften zu berücksichtigen.

In den Unterkünften ohne Gemeinschaftsküchen wird die Versorgung in Form von Catering organisiert. Für diese Versorgung werden aktuell Tagesgebühren für Verpflegung erhoben.

Die Tagesgebühren für Verpflegung in der Gebührensatzung basieren auf der laufenden Hilfestellung nach dem AsylbLG mit Stand 01.01.2022. Auch hier benötigt es eine konsequente Angleichung der Verpflegungsgebühren an die DVAsyl. § 24 DVAsyl (Auslagen für Verpflegung) sieht eine Gebührenerhebung bis zur Höhe der jeweiligen Beträge für den Bereich Nahrungsmittel und Getränke der Abteilung 1 und 2 des § 5 Abs. 1 und § 6 Abs. 1 Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz (RBEG) vor.

Da § 23 DVAsyl monatliche Gebühren vorsieht, die LHM in ihren Gebührensatzungen jedoch Tagesgebühren erhebt, ist eine Umrechnung erforderlich. Aufgrund dieser Berechnung ergibt sich für die meisten Kategorien ein Rundungsbedarf. Die erforderliche Rundung erfolgt dabei so, dass die sich auf Basis des errechneten Tagessatzes ergebende monatliche Gebühr (Tagessatz x 30) nicht über den monatlichen Gebühren gem. § 23 DVAsyl liegt.

Bezüglich der Verpflegungskosten wird mit derselben Logik umgerechnet.

Im Vergleich zur bisherigen Regelung werden sich aufgrund der nach den Vorgaben der DVAsyl festgelegten Gebührensätze geänderte Einnahmen ergeben. Die Refinanzierungshöhe der Unterkunfts-kosten durch die ROB verändert sich durch die neue Satzung

nicht, da die tatsächlich angefallenen Unterkunftskosten durch die ROB vollständig übernommen werden. Die ROB erstattet die Unterkunftskosten unabhängig von den jeweiligen Gebühreneinnahmen in voller Höhe.

Das Inkrafttreten der geänderten Gebührensatzung soll zum 01.08.2026 erfolgen, da die technische Umsetzung eine gewisse Anlaufzeit benötigt.

2. Darstellung der Auswirkungen auf die Gebühreneinnahmen

Die oben dargestellten Maßnahmen können folgende finanzielle Auswirkungen haben:

Einzahlungen	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe der Einzahlungen	271.069,06 € ab 2027	90.356,35 € in 2026	-/-
davon:			
Zuwendungen und allgemeine Umlagen (Zeile 2)	-/-	-/-	-/-
Sonstige Transfereinzahlungen (Zeile 3)	-/-	-/-	-/-
Öffentlich – rechtliche Leistungsentgelte (Zeile 4)	271.069,06 € ab 2027	90.356,35 € in 2026	-/-
Privatrechtliche Leistungsentgelte (Zeile 5)	-/-	-/-	-/-
Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Zeile 6)	-/-	-/-	-/-
Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 7)	-/-	-/-	-/-
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen (Zeile 8)	-/-	-/-	-/-
Nachrichtlich: Summe der nicht zahlungswirksamen Erträge	-/-	-/-	-/-

Die Einschätzungen der Einzahlungen basieren auf den Belegungszahlen für das Jahr 2024. Die Höhe der Einnahmen ist stark abhängig von der Entwicklung des Zugangsgeschehens. Dieser nicht beeinflussbare Faktor erschwert eine präzise Ermittlung der Zahlen, sodass es sich lediglich um Näherungswerte handelt, die weder exakt vorhergesagt noch beeinflusst werden können. Unter diesen Voraussetzungen wird für den Zeitraum von August bis Dezember 2026 mit zusätzlichen Einnahmen von etwa 90.400 € gerechnet. Ab dem Jahr 2027 sind jährliche Mehreinnahmen in Höhe von ca. 271.100 € zu erwarten, sofern das Zugangsgeschehen wie in 2024 verläuft.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Gebühreneinnahmen für die LHM lediglich als Durchlaufposten fungieren. Diese Einnahmen werden an die ROB abgeführt und stehen der LHM nicht tatsächlich zur Verfügung.

3. Klimaprüfung

Eine Klimaschutzrelevanz ist gegeben: Nein

Das beschriebene Vorhaben wird hinsichtlich der Herstellungs- und Betriebsenergie als nicht klimaschutzrelevant eingestuft.

Das Ergebnis der Klimaschutzprüfung wurde mit dem Referat für Klima- und Umweltschutz vorab auf Arbeitsebene abgestimmt.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Angelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Abstimmung mit anderen Referaten und Stellen

Die Satzung ist mit der Rechtsabteilung des Direktoriums hinsichtlich der formellen Belange abgestimmt.

Die Beschlussvorlage ist mit der Stadtkämmerei abgestimmt (siehe Anlage 2).

Der Korreferentin, Frau Stadträtin Nitsche, der Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Gökmenoğlu, dem Kreisverwaltungsreferat, dem Direktorium – Rechtsabteilung, der Gleichstellungsstelle für Frauen, dem Migrationsbeirat, der Stadtkämmerei, und dem Sozialreferat/Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag der Referentin

1. Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Benutzung der Unterkünfte für Geflüchtete der Landeshauptstadt München (Gebührensatzung dezentrale Unterkünfte für Geflüchtete) wird gemäß Anlage 1 beschlossen.
2. Das Sozialreferat wird daher beauftragt, die einmalig in 2026 entstehenden Mehreinnahmen in Höhe von ca. 90.400 € und ab 2027 dauerhaft entstehenden Mehreinnahmen in Höhe von ca. 271.100 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2026 und 2027 bei der Stadtkämmerei anzumelden.
3. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Verena Dietl
3. Bürgermeisterin

Dorothee Schiwy
Berufsmäßige Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit III.

über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)

an das Direktorium – Dokumentationsstelle

an das Revisionsamt

an das Direktorium – Rechtsabteilung (3-fach)

z.K.

V. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An das Sozialreferat, Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität
An die Gleichstellungsstelle für Frauen
An das Sozialreferat, S-GL-F (4x)
An das Kreisverwaltungsreferat
An das Sozialreferat, S-I-WH
An das Sozialreferat, S-III-U
z. K.

Am.....